

# Bremer Rundschau

Faschismus und NATO - eine  
tödliche Gefahr für die Menschheit!



Info der Deutschen Kommunistischen Partei | Bremen Nr. 1 / 2024

## Tausende BREMER GEGEN RECHTS

*Die Armut steigt. Die Wohnungsnot wächst, die Gesundheitsversorgung schwindet. Die Profitinteressen der Eigentümer wiegen schwerer als die Menschenrechte auf Wohnen und geistige und körperliche Gesundheit.*



Deshalb werden die großen und mächtigen LAUT GEGEN RECHTS- Demonstrationen bei Weitem nicht reichen, um die Nazis zu bekämpfen. Denn ursächlich stehen am Anfang die unsozialen Verwerfungen der letzten Jahre und Jahrzehnte – und die Rechtsentwicklung der Regierung und des Staates macht die AFD salonfähig. Politiker aus den Reihen der im Bundestag vertretenen Parteien überbieten sich in ihren Forderungen nach einem härteren Vorgehen gegen die Armutsmigration und nach einer Verschärfung oder gar Aufhebung des Menschenrechts auf Asyl, um von den wachsenden sozialen Problemen abzulenken.

### Wer gegen Rechtsextreme und Nazis ist,

- ... ist dafür, dass die Energie- und Lebensmittelpreise sinken!
- ... ist gegen die Schuldenbremse, weil das Land zerfällt und zerbröselt.
- ... engagiert sich dagegen, dass weitere Milliarden für den Krieg in die Ukraine gehen.
- ... tritt ein für ein Sondervermögen für Bildung, Gesundheit, Altenpflege und Wohnungen.
- ... sieht, dass Russland eine Sicherheitsarchitektur benötigt. Das 100 Milliarden starke *Sondervermögen* fürs Militär brauchen wir stattdessen für marode Brücken, eine gute Infrastruktur auf dem Land, einen verlässlichen öffentlichen Nahverkehr!
- ... setzt sich für eine gut finanzierte Kindergrundsicherung ein
- ... ist für eine höhere Besteuerung der Reichen! Die BRD ist das Land «im Westen» mit den höchsten Einkommensunterschieden! In der Corona-Pandemie und auch jetzt durch die Inflation werden die Reichen reicher und die Armen noch ärmer.

Die AFD profitiert von der Politik der Verarmung, Desorganisation, Spaltung und Verunsicherung. Davon, dass Geld nicht für die sozialen Bereiche und Infrastruktur im Land zur Verfügung steht!  
Wenden wir uns gegen diese unsoziale Politik – nur so graben wir Faschisten das Wasser ab!



## Hinter dem Faschismus steht das Kapital

Vor kurzem veröffentlichte Correctiv einen umfangreichen Bericht über ein im November 2023 stattgefundenes Treffen von bedeutsamen AfD-Politikern, CDU-Mitgliedern, Vertretern von rechten ThinkTanks, Juristen und von Unternehmern, mit dem Ziel massiv Spenden für die faschistische Bewegung zu sammeln, den Wahlkampf der AfD vorzubereiten und Pläne für nach der Machtübernahme zu schmieden.

Der Faschist Martin Sellner referierte dabei über einen „Masterplan“ darüber, wie man hunderttausende Menschen wie Geflüchtete, deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund und unliebsame Deutsche, die sich nicht der faschistischen Ideologie unterordnen lassen – in Zukunft abschieben könne. Die Teilnahme an dem Treffen wurde mit einer hohen Spendenempfehlung verknüpft, welche direkt der Identitären Bewegung zugutekam. Die restlichen Spenden an diesem Abend sollen für unterschiedliche Zwecke, zum Beispiel dem Wahlkampf der AfD, eingesammelt werden.

Teilgenommen haben unter anderem auch der „Hans im Glück“-Investor Hans-Christian Limmer und die Immobilienkapitalistin Silke Schröder. Auch weitere Unterstützer, wie der ehemalige Gesellschafter des Süddeutschen Verlages Christian Goldschaff, wurden bekannt.

Kapitalisten finanzieren Faschisten – das ist nicht neu. Nicht nur, dass vor kurzem auch die scheinbar engen Verbindungen zwischen Alice Weidel und dem Müller-Konzernchef Theo Müller bekannt wurde. Es waren die Finanzspritzen der Kapitalisten, die einst die NSDAP groß gemacht hatten und es waren die Industriellen, welche die Macht schließlich an die Nazis übertragen haben, als es zur Durchsetzung ihrer Interessen notwendig wurde.

Thyssen, Stinnes und Barsig zählten bereits in den 1920er Jahren zu den wichtigsten Financiers der NSDAP. Selbst Henry Ford spendete im Herbst 1923 100 000 Goldmark an die deutschen Faschisten. Zehn Jahre später, im Jahr 1932, hielt Hitler seine Rede vor dem Industrie-Club Düsseldorf, bei der verdeutlicht wurde, wie die Faschisten die Interessen der deutschen Industrie vertreten werden.

Denn: Der Kapitalismus braucht Faschisten. Zur Spaltung der Arbeiterklasse z.B. in MigrantInnen und Deutsche, zur Bekämpfung fortschrittlicher Kräfte und zur Propagierung des Faschismus als Alternative zur bürgerlichen Demokratie. Es ist davon auszugehen, dass es Dutzende solcher Treffen gibt – auch mit

### Sozialistische Wochenzeitung der DKP



*Die Zeitung der Arbeitenden gegen die Millionäre.*

*Sie zeigt, was hinter den Betriebstoren los ist.*

*Sie schärft den Blick*

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

Inhabern wesentlich größerer Unternehmen – die aber nicht an die Öffentlichkeit kommen. Doch wer die Ursache für das Erstarken der Faschisten einmal erkannt hat, der weiß auch wie man dagegen vorgehen kann: Der Kampf gegen den Faschismus, ist der organisierte Kampf der Arbeiterklasse gegen das System! ♦ **Quelle:** SDAJ | <https://www.sdaj.org/2024/01/15/hinter-dem-faschismus-steht-das-kapital/>

**Deshalb: Organisiere Dich!**

## Gehen die Bauern zu Recht auf die Straße?

Die geplante Streichung von Agrarhilfen, unter anderem der Dieselszuschüsse, wird die kleineren Betriebe unter ihnen massiv treffen und zu einem weiteren Sterben ihrer Höfe und zur weiteren Monopolisierung führen.



Die Rücknahme der Energiepreisbremse trifft uns alle. Kleinere Bauern und Kleingewerbetreibende treffen die hohen Energiepreise aber in besonderem Maße, da sie nicht nur selbst heizen und tanken müssen, sondern auch für ihr jeweiliges Gewerbe Energie benötigen.

Die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und der Maut können die großen Logistiker verkraften, deren Subunternehmer und die Endverbraucher können es nicht.

Ähnlich wie bei den Bauern wird das auch in der Logistikbranche zu höheren Preisen und weiterer Monopolisierung führen. Die letzte Land-

wirtschaftszählung 2020 zeigt, dass zunehmend Unternehmensgruppen (Agrar-Holdings) landwirtschaftliche Flächen aufkaufen, deren Schwerpunkt außerhalb der Landwirtschaft liegt. Bis August 2023 gehörte die Deutsche Agrar Holding (DAH) noch zur Bremer Zech Group mit einem Umsatz von fast 3 Milliarden Euro in 2019. Ein pikantes Detail in Bezug auf die Agrar-Holdings ist der Empfang von Direktzahlungen aus der EU. Das sind z.B. Geldzahlungen von Standortnachteilen oder Bewirtschaftungsschwernissen. Eine Untersuchung hat gezeigt, dass beachtliche Summen dieser Direktzahlungen, also Steuergelder, als Subventionen Agrar Holdings zugutekommen. Die DAH hat bspw. 2019 5,36 Milliarden Euro Direktzahlungen erhalten.

Einen kurzen Blick auf die Gewinne der Landwirte: Nach Analysen des Landesbetrieb *Landwirtschaft Hessen* fielen die Gewinne der Betriebe doppelt so hoch aus wie im Fünfjahresdurchschnitt. Danken können es die Landwirte dem Preisanstieg für Agrarerzeugnisse, also unseren Geldbeuteln – auch wenn man hier wieder zwischen kleinen und wesentlich bevorteilten großen Betrieben unterscheiden muss. Die genannten Fakten sollen nicht unterstellen, dass die Proteste gegen die Regierung ein von Agrarmonopolen orchestrierter Budenzauber sind. Sie sollen aber anregen, sich genauer damit auseinanderzusetzen. Nicht immer greift das gezeichnete Bild vom Kleinbauern mit 6 Schweinen und 25 Hühnern, der jetzt vor dem Aus steht. ♦

## Ausquetschen wie eine Zitrone

Es ist nichts Neues, das Wirtschafts- und Lobbyistenverbände längere Arbeitszeiten und ein späteres Renteneintrittsalter fordern. Es geht ihnen nicht um die Menschen, sondern um die Maximierung des Gewinnes!

Der Mensch ist halt in diesem System nur zu gebrauchen, solange er seiner Arbeit nachgehen kann; und wird er alt und krank, dann soll er nur mit ein paar Kröten abgepeist werden, die vorn

und hinten nicht reichen.

Natürlich würde es Möglichkeiten geben ein Renten- und Sozialsystem zu erschaffen, wo alle gut leben können, aber das ist niemals im Interesse der Wirtschafts- und Lobbyverbände sowie diverser Politiker, denn der Mensch ist nur so lange etwas wert, wie man seine Arbeitskraft wie eine Zitrone ausquetschen kann. ♦

**Ändern wir das!**

## Die sozialdemokratische Bombe

Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Katarina Barley, schließt die Beschaffung nuklearer Waffen durch die EU nicht aus.



„Auf dem Weg zu einer europäischen Armee“ könne auch eine EU-Atombombe „ein Thema werden“, erklärte Barley Mitte Februar 2024.

Zuvor hatte unter anderem der ehemalige deutsche Außenminister Josef Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) „eine eigene atomare Abschreckung“ der EU verlangt. Während Frankreichs Präsident Emmanuel Macron eine Ausweitung des französischen Nuklearschirms über die EU in Aussicht stellt, bringen führende deutsche Medien zum wiederholten Mal eine deutsche Bombe in die Diskussion. Die Forderung, die Bundesrepublik oder ersatzweise die EU sollten nuklear aufrüsten, ist nicht neu. Offensiv diskutiert wurde sie u.a. nach dem Wahlsieg von Donald Trump in der US-Präsidentenwahl im November 2016 und dann wieder vor dem US-Wahlkampf im Jahr 2020. Zur Begründung hieß es jeweils, man benötige Ersatz für einen etwaigen Wegfall des US-Nuklearschirms über Europa. Die gegenwärtigen Forderungen werden von Plädoyers für eine beispiellose konventionelle Aufrüstung begleitet; man benötige, heißt es, Mittel für Waffen in Höhe von 300 Milliarden Euro. ♦

## Wer nicht aus den Fehlern der Geschichte lernt, ist gezwungen, sie zu wiederholen

Die Bremische Evangelische Kirche hat vorerst weitere Mahnwachen für den Frieden vor ihrem Informationszentrum „Kapitel 8“ in der Bremer Innenstadt untersagt. Seit 2007 habe eine Gruppe friedensbewegter Menschen einmal im Monat an der zentralen Stelle an der Domsheide 8 für den Frieden und gegen die Produktion und den Export von Rüstungsgütern demonstriert.

Eine Sprecherin der bremischen Kirche bestätigte auf Nachfrage, dass die Friedensmahnwache derzeit nicht erwünscht sei und verwies auf den Leiter von „Kapitel 8“, Pastor Jung, der ganz im Sinne der herrschenden Politik gegen friedenspolitische Aktionen vorgeht. Das gelte nach Jung auch für die Position, dass der Staat Israel nach dem Angriff der Hamas seinerseits das Recht habe, militärisch z.B. mit einem Völkermord (Genozid) auf diesen Angriff zu antworten. Darum sei bei aller Hochschätzung für

das langjährige Engagement in entsprechenden Gremien gegen die Friedensmahnwache auf dem Grundstück der Kirche entschieden worden. Es überrascht heutzutage immer wieder, welche Leute auf einmal ihre Masken vom Gesicht reißen.



Deshalb lässt sich kaum einschätzen wie viele Menschen nun wirklich gegen diesen militaristischen Irrsinn sind. Unser Leser W.M. meint, dass es bei den manipulierten Men-

schen wohl einen Hang zur Selbstzerstörung gibt, deren Konsequenzen erst wahrgenommen werden, wenn es an den eigenen Körper geht. Dann ist es aber zu spät. Solange alles nur im Fernsehen ist, tut's nicht weh. Solange es nicht ans eigene Portmonee geht, ist man gerne freigiebig. ♦

## Europa braucht Entspannung und Verständigung

Pressemitteilung. Das Bremer Friedensforum erinnert angesichts des gerade begonnenen und fast vier Monate dauernden NATO-Manövers *Steadfast Defender 2024* an die Selbstverpflichtung in der Sicherheitscharta der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: „Wir müssen Vertrauen zwischen den Menschen innerhalb der Staaten schaffen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten vertiefen...“. Dieses NATO-Manöver, das größte seit 1988, ist eine Provokation gegen diese Verpflichtung und besonders gegen Russland. 90.000 Soldaten, über 50 Kriegsschiffe von Zerstörern bis Flugzeugträgern, 80 Jagdflugzeuge, Hubschrauber und Drohnen und mindestens 1.100 gepanzerte Fahrzeuge werden daran teilnehmen, darunter 12.000 Soldaten der Bundeswehr. Das Mitwirken der deutschen Soldaten macht die Geschichtsvergessenheit dieses Landes deutlich,



von dem im 20. Jahrhundert zwei große Angriffskriege gegen Russland bzw. gegen die Sowjetunion ausgegangen sind.

Im 2. Weltkrieg hat das der Sowjetunion 27 Millionen Tote gekostet. Außerdem verursacht solch ein Manöver enorme Schäden an Umwelt und Klima. Was Europa in der augenblicklich sehr angespannten Situation braucht, sind keine Großmanöver, sondern Zeichen der Entspannung und Verständigung durch Diplomatie und Verhandlungen. ♦

## Für eine bessere Qualifizierung der Arbeiterklasse statt Bomben und Kanonen!

Den im Land Bremen gemeldeten rund 9.000 freien Arbeitsstellen standen über 37.000 registrierte Arbeitslose gegenüber, von denen 44 Prozent als langzeitarbeitslos gelten. Bremen hat seit 2015 die höchste Arbeitslosenquote bundesweit, im Jahresdurchschnitt waren es 10,2 Prozent. Zwei Drittel (24.667) der in Bremen arbeitslos gemeldeten Werkstätigen verfügt über keinen Berufsabschluss. Um die Möglichkeiten in Arbeit zu kommen für sie zu verbessern, sollten daher möglichst viele einen Berufsabschluss nachholen können. Motivationsfördernd kann die Erkenntnis sein, dass junge Erwachsene im

aufgrund fehlender Bildungszertifikate nicht vorankommen und ihnen gleichzeitig aber noch ein jahrzehntelanges Arbeitsleben bevorsteht. Dabei muss ein besonderes Augenmerk auf die rund 50.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven gelegt werden, die als funktionale Analphabeten gelten. Sie gehören zu den 6,2 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland, die nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben. Bei weiteren 10,6 Millionen der Erwachsenen tritt fehlerhaftes Schreiben selbst bei gebräuchlichen Wörtern auf. ♦

(Zahlen von 2022)

## Beten und arbeiten

Christliche Parteien wollen noch schärferen Angriff auf die Werkstätigen

Nach dem Bekanntwerden von Plänen des SPD-geführten Arbeits- und Sozialministeriums für schärfere Sanktionen gegen »arbeitsunwillige« Bezieher von Bürgergeld nimmt die CDU/CSU den Ball auf und verlangt noch härtere Maßnahmen. Den Betroffenen müsse das Bürgergeld komplett gestrichen werden und das

unbefristet. Es muss so lange Leistungsstreichungen geben, wie ein Bürgergeldempfänger sich weigert, zumutbare Arbeit anzunehmen«, heißt es in der Vorlage. Ein weiterer Vorschlag betrifft die »Flexibilisierung« der Arbeitszeit. Hierfür solle unter anderem die gesetzliche Höchst Arbeitszeit pro Tag abgeschafft werden. ♦

## Die Mieten schießen durch die Decke

... vor allem in den Großstädten wie Bremen sind die Wohnkosten innerhalb eines Jahres noch einmal deutlich gestiegen. So kletterten die Angebotsmieten im zweiten Halbjahr 2023 bis zu 8 Prozent. Das war deutlich mehr als ein Jahr zuvor. Angesichts der Wohnungsknappheit sei der Anstieg nicht verwunderlich. Danach fehlen in Bremen mehr als 10.000 Sozialwohnungen. Allein von 2017 bis 2022 fiel hier der Bestand an Sozialwohnungen um rund 15 Prozent auf 7055 Einheiten. Dass es in Bremen akut an bezahlbarem Wohnraum fehlt ist das Resultat einer seit vielen Jahren verfehlten Stadtentwicklungspolitik, in der vor allem auf Privatisierung und „Wirtschaftlichkeit“ gesetzt wurde und nicht auf Gemeinwohlorientierung. Die Folge ist, dass sich die Schere zwischen Bestands- und Neuvertragsmieten weiter öffne, was Mieter vom Umzug abhalte. »Daraus entsteht eine Art Teufelskreis: Mit einem stärkeren Anstieg der Mieten schrumpft die Zahl der inserierten Mietangebote und verschärft die angespannte Situation auf den Wohnungsmärkten zusätzlich.«

Der Druck auf den Wohnungsmarkt nehme auch deshalb zu, weil der Neubau angesichts steigender Zinsen und Materialpreise aufgrund der deutschen Russland-Sanktionspolitik in der Krise stecke. Tatsächlich ist die Bundesregierung von ihrem Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr weit entfernt. Das Ifo-Institut rechnet für 2024 mit 225.000 fertiggestellten Wohnungen. Mit anderen Worten: der soziale Wohnungsbau wurde in Bremen von den beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und Die Linke gemeinsam mit den Grünen an die Wand gefahren. Dieser dramatischen Entwicklung haben sie nichts entgegensetzen, das verdeutlichen die Zahlen des monatlichen Bremer Zahlenspiegels.

Der nach wie vor steigende Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Bremen ist sehr hoch, aber seitens der Bremer Koalition wird kein Konzept wie der Wohnungsnot in der Stadt nachhaltig begegnet werden soll entwickelt – im Gegenteil. Statt das Problem beim Schopf zu packen - etwa durch ein klares Bekenntnis zur Gemeinwohlorientierung mit einer gezielten öffentlichen Wohnraumförderung wird weiter fleißig weiter privatisiert. Welch eine Bankrotterklärung des SPD/Linken/Grünen Senats.

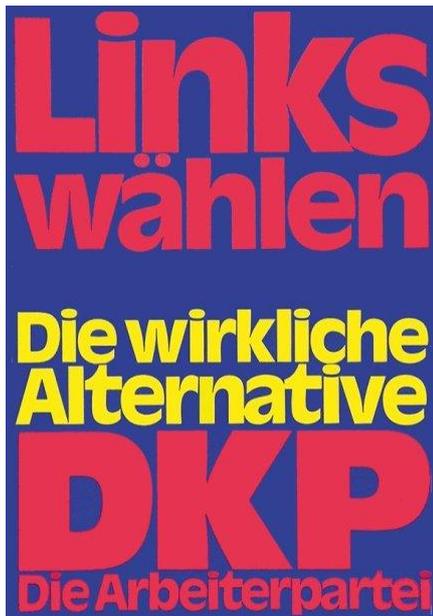


Aus dieser Zwangslage heraus mussten nun die Mieter des Wohnobjekts Buntentorsteinweg 231 in der Bremer Neustadt finanziell kreativ werden, um ihr Zuhause zu erhalten, denn es soll verkauft werden. Jetzt wollen die BewohnerInnen die Gebäude des Buntentorsteinweg 231 kaufen, denn *„bei Verkauf an eine externe Person wird es definitiv die höchst möglichen Mieterhöhungen geben und auch mit dem Abriss unseres wunderschönen, auf den Grundmauern eines der ältesten Bauernhöfe Bremens erbauten zu Hauses ist zu rechnen - wie immer, entsteht dann an dem Ort KEIN bezahlbarer Wohnraum, sondern Luxusbauten und wir sitzen auf der Straße.“* Die Bewohner müssen einen Kaufpreis von fast 1.000.000 Euro stemmen, wobei alle keine reichen Leute sind. Im Buntentorsteinweg 231 leben sechzehn Personen mit ihren neun Kindern in dreizehn Wohneinheiten.

Der solide Finanzierungsplan wurde in enger Zusammenarbeit mit Experten des [Mietshäuser Syndikats](#) erstellt und von einer Bank geprüft und wird u.a. mit [Direktkredit](#) ab 500 Euro von Freunden und Verwandten etc. bis zu 400.000 Euro finanziert. Die restlichen circa 600.000 Euro kommen als Kredit von einer Bank. Unterstützen kann man das Projekt mit einem Direktkredit ab 500 Euro. Damit bedient der [Hof](#) mehr als nur ein Klischee von gelebter Utopie: mehrgenerational mit unterschiedlichsten sozialen, beruflichen und kulturellen Hintergründen. ♦

# Widerstand wird wählbar

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wird bei den kommenden Wahlen zum EU-Parlament antreten. Rund einen Monat vor Ablauf der Frist am 18. März konnte die Partei bereits mehr als 5.000 amtlich beglaubigte Unterstützerunterschriften sammeln. Deutlich mehr als die für einen bundesweiten Wahlantritt benötigten 4.000.



„Die Kandidatur der DKP ist eine gute Nachricht!“, freut sich Spitzenkandidat und Parteivorsitzender Patrik Köbele. „Gut für alle, die eine Partei wählen wollen, die die Friedensfrage konsequent in den Mittelpunkt stellt, die sich klar gegen die NATO, den Wirtschaftskrieg und die Hochrüstung stellt und Frieden mit Russland und China fordert. Gut für alle, die nicht mehr zur Kasse gebeten werden wollen, um für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine oder die deutsche „Staatsräson“ zu zahlen . . .“

Wie wichtig die Kandidatur der Kommunisten sei, zeige der EU-Militäreinsatz im Roten Meer mit deutscher Beteiligung. „Das ist Zündeln am Pulverfass – hochgefährlich“, so Köbele. Es sei doch klar, dass die Situation im Nahen Osten wegen des Völkermords in Gaza eskaliert und nur durch dessen Ende befriedet werden könne. „Die EU und Deutschland mit der Fregatte ‚Hessen‘ haben im Roten Meer nichts verloren.“

Die DKP wird den Wahlkampf nutzen, um den Kampf für Frieden mit dem Kampf gegen die Ausplünderung der Bevölkerung durch Preiserhöhungen und massiven Sozialabbau zu verbinden. Eine wichtige Rolle wird auch der Widerstand gegen zunehmende Repressionen, Einschränkungen der Meinungsfreiheit und den fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte spielen.

„Wir werden aufzeigen, was hinter der Politik der Ampel steckt. Diese Regierung und ihre Auftraggeber in den Konzernetagen treiben einen reaktionär-militaristischen Staatsumbau voran, für den die große Mehrheit der Menschen in diesem Land bluten soll“, so Köbele.

**„Dagegen wollen wir gemeinsam kämpfen.“**



## Impressum

**Bremer Rundschau**  
Info der DKP Bremen  
V.i.S.d.P.:  
Gerd-Rolf Rosenberger  
Mühlenstr. 135  
Bremen-Blumenthal

## Kontakt:

[dkp-bremen@gmx.de](mailto:dkp-bremen@gmx.de)  
[www.bremen.dkp.de/bremen-lokal/](http://www.bremen.dkp.de/bremen-lokal/)

